



Landtags-Infoblatt

Maklerprovisionen eindämmen!

Hohe Gebühren machen Wohnungssuche immer teurer – Gebühren entsprechen in vielen Fällen fast einer halben Jahresmiete!

Ohne Dach über dem Kopf kann niemand leben. Tatsächlich sind die Mieten in den letzten vier Jahren um 20 Prozent gestiegen. In Österreich erreichen die Maklerprovisionen europaweite Spitzenwerte. Die KPÖ hat mit der Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr eine Kampagne gestartet, um dieses Unwesen abzuschaffen. Die hohen Provisionen wurden auch im Landtag thematisiert.

Die Maklerprovisionen tragen wesentlich dazu bei, dass die Mieten teurer werden. Je höher die Miete, desto höher die Provision – und umgekehrt. Da sich die

Provisionen der Makler nach der Höhe der Miete berechnen, haben sie selbst größtes Interesse an möglichst hohen Mieten. Eine IFES-Studie im Auftrag der AK zeigt, dass von Maklern vermittelte private Altbau-Mietwohnungen viel teurer sind als direkt vermietete.

Maklerprovisionen erhöhen selbst und indirekt über die Steigerung des Mietpreises die Einstiegskosten: Für Maklerprovisionen, Kautionen sowie die Vergebührung von Mietverträgen müssen Mieter bereits vor Bezug der Wohnung fast eine halbe Jahresmiete (!) aufbringen. Seit 1.9.2010 darf die Maklerprovision bei unbefristeten oder auf mehr als drei Jahre befristeten Mietverträgen maximal zwei Monatsmietzinse, bei bis zu dreijährigen Mietverträgen maximal einen Monatsmietzins betragen. (Die Bemessungsgrundlage für die Maklerprovision ist der Nettohauptmietzins plus Betriebskosten

plus 20% Umsatzsteuer.) In der Praxis ist auffallend, dass seit dieser Neuregelung häufig untypische Befristungen, wie z.B. 3 Jahre und 2 Monate abgeschlossen werden, um die Provision zu erhöhen.

Vorschlag der KPÖ

Um die Kostenspirale zu durchbrechen sollten daher Maklerprovisionen in Österreich wie in vielen anderen EU-Staaten ausschließlich von den Vermietern zu tragen sein und pro vermittelter Wohnung mit 500 Euro gedeckelt werden. Schließlich ist die Leistung des Maklers bei Vermietung einer 500 Euro teuren Wohnung dieselbe wie bei einer 900 Euro teuren Wohnung.

Mit einer Petition wollte die FPÖ übrigens 2011 erreichen, dass die seit 2010 geltende Beschränkung der Maklergebühren auf höchstens zwei Monatsmieten wieder zurückgenommen wird.

Mit folgender Begründung: „Die Änderungen sind für viele Immobilienmakler existenzbedrohend und haben mittlerweile auch zu erheblichen Umsatzeinbußen in der Branche geführt.“



Parlamentarische Bürgerinitiative:

Maklerprovision abschaffen!

„Weg mit der Maklerprovision“: Die KPÖ sammelt Unterschriften für diese Forderung und verlangt, dass künftig allein der Vermieter die Kosten für diese Provision tragen soll. Einige sagen: „Was geht uns das an? Das trifft uns nicht.“ Viele Menschen – auch am Land – haben Kinder oder Enkel, die in Graz, Salzburg, Linz oder Wien studieren. Dort ist die Maklerprovision sehr wohl ein Thema und ein Problem, das ins Geld geht.

In Deutschland, Großbritannien, Holland, Belgien, Norwegen,

Irland oder der Schweiz müssen Mieter keine Provision zahlen. Der Wegfall der Maklerprovision würde eine Erleichterung bei den Einstiegskosten für Wohnungssuchende bringen.

Die KPÖ fordert den Bundesgesetzgeber auf, zu beschließen: Für die Kosten der Maklerprovision muss ausschließlich der Vermieter aufkommen.

Die Maklerprovision pro vermittelter Wohnung darf 500 Euro nicht überschreiten.

Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift

S-Bahn: Wichtige Verbesserungen bleiben auf der Strecke

Werner Murgg: Wunsch der Region wird weiterhin ignoriert

Auf Antrag der KPÖ beschloss der steirische Landtag (nur gegen die Stimmen der ÖVP) bereits 2010 den Ausbau der S-Bahn in der Obersteiermark. Nach jahrelanger Untätigkeit gibt die Landesregierung nun grünes Licht für einen Ausbau der S-Bahn, von denen die Bevölkerung ab 2017 profitieren soll. Wesentliche Verbesserungen bleiben aber auf der Strecke.

LAbg. Werner Murgg: „Der Regionalzug wird nun S-Bahn genannt, das ist aber nicht die dringend benötigte Lösung für den Ballungsraum. Was heute als großer Wurf präsentiert wurde ist lediglich Kosmetik. Die einzige reale Verbesserung ist der Takt zwi-



schen Leoben und Kapfenberg. Das Vordernbergertal fällt wieder unter den Tisch, obwohl eine funktionierende Strecke vorhanden ist und die gesamte Region die Wiederaufnahme des Betriebes wünscht.“

Landtag für therapeutische Wohnplätze für Kinder und Jugendliche

KPÖ-Antrag einstimmig angenommen

Der steirische Landtag hat am 24.11. einstimmig den Antrag von KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler angenommen, in der Steiermark mehr sozialtherapeutische Wohnplätze für psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche zu schaffen. Dabei geht es um außerstationäre Wohneinheiten, bei denen die Steiermark mit lediglich 12 Plätzen Schlusslicht in Österreich ist.

Da ein deutlich höherer Bedarf herrscht (im mit der Steiermark gut vergleichbaren Bun-

desland Oberösterreich gibt es 143 Wohnplätze), wurden Sozial- und Gesundheitsressort nun beauftragt, den Ausbau des dringend benötigten Angebots vorzubereiten. Dem Antrag stimmten alle Parteien im Landtag zu.

Klimt-Weithaler: „Leider sind auch Kinder und Jugendliche nicht selten von psychischen Erkrankungen betroffen. Es muss uns allen ein Anliegen sein, ihnen so gut es geht zu helfen. Dass das alle Parteien so sehen, freut mich besonders.“

LKH Voitsberg muss erhalten bleiben!

Still und heimlich haben die „Reformpartner“ im Jahr 2013 die Schließung der Geburtenstation am LKH Voitsberg abgesegnet. Mehr als 13.000 Stimmen des Bezirksvolksbegehrens wurden ignoriert, nicht einmal der Landtag wurde mit den Anliegen der Bevölkerung befasst.

Nun droht dem LKH Voitsberg der nächste schwere Schlag. Die Chirurgie soll ebenfalls geschlossen werden, wie am 24.11. bekannt wurde. Unter dem Deckmantel einer „Kooperation mit dem LKH Deutschlandsberg“ wird an einer Schließung

des LKH Voitsberg auf Raten gearbeitet.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Was die Landesregierung in Voitsberg anrichtet, ist ein Skandal. Ein gut funktionierendes Krankenhaus wird Stück für Stück zugesperrt, bis nur noch die Geriatrie überbleibt. Die Bevölkerung des Bezirks Voitsberg hat viel mitgemacht in den vergangenen Jahren. Sie leistet wie alle anderen Steirerinnen und Steirer ihren Beitrag zu unserem Gesundheitssystem und hat auch Anspruch auf eine Versorgung ohne endlose Anfahrtswege.“

KPÖ-Dringliche: Landesregierung vergibt Jahrhundertchance

Australischer Investmentfonds bekommt Einfluss auf unsere Strompreise

Die KPÖ hat wiederholt den Rückkauf der Anteile des französischen Atomstromkonzerns EdF am steirischen Energieversorger EStAG gefordert. Für die Steiermark wäre das eine einmalige Chance, die Geschicke der Energie Steiermark wieder in die eigenen Hände zu nehmen. Der Kaufpreis liegt deutlich unter den 400 Mio. Euro, die die Energie Steiermark damals für den Verkauf bekommen hat. SPÖ, ÖVP und FPÖ haben einen Rückkauf aber neuerlich abgelehnt.

Damit gelangen wesentliche Teile der steirischen Energieversorgung in die Hände eines australischen Investmentfonds. Die KPÖ forderte deshalb neuerlich,

vom Vorkaufsrecht des Landes Gebrauch zu machen und gemeinsam mit der Energie Steiermark einen Finanzierungsplan zu entwerfen. Der Antrag wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Von den selbsternannten Zukunftspartnern ÖVP und SPÖ war nichts anderes zu erwarten, als dass sie unsere heimische Energieversorgung leichtfertig aufs Spiel setzen. Bei der Abstimmung hat sich aber auch neuerlich die Doppelzüngigkeit der FPÖ gezeigt. Entgegen der vollmundigen Ankündigungen im Sommer war die FPÖ bei der Abstimmung treu auf Regierungslinie.“

Schutz der Grazer Altstadt muss besser werden

KPÖ-Antrag auf Novellierung des Baugesetzes

Das Girardihaus oder das Kommodhaus: traurige Beispiele, dass die bestehenden gesetzlichen Vorgaben nicht ausreichen, um ein schutzwürdiges Haus vor dem Verfall zu bewahren. Die KPÖ regt eine Novelle des Baugesetzes an, um den mangelhaften Schutz der Grazer Altstadt wirkungsvoller zu gestalten.

Das Steiermärkische Bauge-

setz sieht vor, dass Eigentümer zur Erhaltung schutzwürdiger Häuser verpflichtet sind. Allerdings kann mit ausreichender Geduld jedes Gebäude so lange vernachlässigt werden, bis ein legaler Abbruch mangels Wirtschaftlichkeit einer Sanierung beantragt werden kann.

Ein Verstoß gegen die Erhaltungspflicht unterliegt keinen Strafzahlungen, wie sie für ande-

re Verstöße gegen das Baugesetz gelten. Dort lässt der gesetzliche Rahmen Strafen bis zu 14.535 Euro zu. Um in den Altstadtzonen liegende oder denkmalgeschützte Objekte zu schützen, möchte die KPÖ bei Verstößen gegen die Erhaltungspflicht künftig ebenfalls Strafen vorsehen. Der Strafrahmen für derlei Verstöße muss empfindlich höher als der derzeit gültige sein.



Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: tk@stmk.gv.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

Kautionsfonds steiermarkweit einführen!

Idee hat sich bewährt und sollte landesweit umgesetzt werden

Viele Wohnungssuchende finden am freien Markt keine Wohnung, weil sie sich die hohen Einstiegskosten, nämlich Kaution und Provision ua., nicht leisten können. Gegen das Provisions-Unwesen führt die KPÖ derzeit eine Kampagne durch. Für die Kaution gibt es eine Lösung, die in Graz unter Wohnungsstadträtin Elke Kahr schon vor längerer Zeit umgesetzt wurde: den Kautionsfonds.

Die Kaution beträgt im Regelfall drei Bruttomonatsmieten,

eine gesetzliche Höchstgrenze gibt es aber nicht. Neben der Aufbringung der Kaution sind in den meisten Fällen auch noch in der alten Wohnung ein paar Mieten während der Kündigungsfrist zu bezahlen. Die steiermarkweite Einführung eines Kautionsfonds nach Grazer Vorbild würde es einfacher machen, eine geeignetere Wohnung zu beziehen. Denn oft sind Miete und Betriebskosten finanzierbar, die Kosten für den Wechsel übersteigen dann aber die finanziellen Möglichkeiten vieler Menschen.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Der Grazer Kautionsfonds hat sich bewährt. Er sollte auch auf Landesebene eingeführt werden. Kosten gibt es praktisch keine, denn in den meisten Fällen gelangt das Geld früher oder später wieder zurück zum Land.“

Die KPÖ hat diese Vorschläge in den Landtag eingebracht und hofft auf breite Unterstützung, da diese Idee inzwischen auch von anderen Parteien aufgegriffen wurde.



Bedarfszuweisungen: SPÖ und ÖVP beharren auf Geheimhaltung

KPÖ forderte Offenlegung der Verwendung von 147 Mio. Euro

Seit 2006 legt die steirische Landesregierung die Verwendung sämtlicher Fördergelder in einem Bericht offen. Die Initiative ging von der KPÖ aus, seither wird der Bericht dem Landtag jedes Jahr vorgelegt. Allerdings verschweigt der Bericht, wie die „Bedarfszuweisungen“ an die Gemeinden aufgeteilt werden. In einem Antrag wollte die KPÖ in der Landtagssitzung am 24. November erreichen, dass die Zuweisungen veröffentlicht werden. SPÖ und ÖVP lehnten das aber ab.

Im Jahr 2014 wurden insgesamt 147 Millionen Euro an steirische Gemeinden ausgezahlt. Damit wurden 2967 Projekte finanziert. Aus dem Förderbericht geht weder hervor, um welche

Projekte es sich handelt, noch welche Gemeinden in den Genuss dieser Gelder gekommen sind.

Anlässlich der Veröffentlichung des Förderberichts für das Jahr 2014 erneuerte die KPÖ in zwei Anfragen an die zustän-

digen Regierungsmitglieder LH Schützenhöfer und LH-Stv. Schickhofer die Offenlegung der Verwendung der Bedarfszuweisungen. Die Antworten sind noch ausständig.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Jährlich wird

ein dreistelliger Millionenbetrag ausgegeben und die Bevölkerung erfährt nicht, was damit finanziert wird und welche Gemeinden diese Zuweisungen erhalten. Wenn das Geld sinnvoll eingesetzt wird, gibt es auch keinen Grund für die Geheimhaltung.“

10 Jahre KPÖ im steirischen Landtag



Die steirische KPÖ feierte am 12. November ein Jubiläum: Seit 10 Jahren ist sie im Steiermärkischen Landtag vertreten. Aus diesem Anlass wurde im Landtaghaus eine kleine Feier abgehalten, bei der Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler zahlreiche Gäste begrüßen durfte, darunter auch die ehemaligen Abgeordneten Ernest Kaltenegger und Renate Pacher.

Nach einer Landhaus-Führung durch die Landtagsdirektion hatten die Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit, den Landtagsklub zu besuchen.

Die KPÖ ist nicht nur auf kommunaler, sondern auch auf landespolitischer Ebene zu einem festen Bestandteil der politischen Landschaft in der Steiermark geworden.



WARNUNG vor der EU

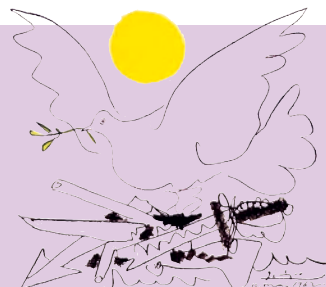
Die EU gefährdet die Unabhängigkeit und die Neutralität Österreichs. Die Sozialsysteme werden verschlechtert und die Demokratie untergraben.

Die Waffen nieder!

Wir wünschen allen ein gutes und friedliches Jahr 2016

Claudia Klimt-Weithaler, Werner Murgg

KPÖ



Suchterkrankungen: Weitere Kürzung der Therapieangebote droht

Klimt-Weithaler: „Wer Sucht fördert, darf nicht gleichzeitig bei der Hilfe sparen“

Durch eine Gesetzesänderung wird ab 2016 die bisher bestehende Zweckwidmung von Einnahmen aus dem Glücksspiel für Therapie- und Beratungsangebote sowie Behindertenhilfe wegfallen. Auch Mittel für die Betreuung von Menschen mit Behinderung sind davon betroffen. Die KPÖ forderte in einem Antrag, die Zweckwidmung beizubehalten. Das wurde im Landtag am 24.11.2015 von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Eine Erhöhung der Mittel für Prävention und Therapie war eines der Versprechen der

„Reformpartner“ vor der Einführung des neuen Glücksspielgesetzes. Der Bedarf ist unbestritten: 60.000 Alkoholranke und bis zu 80.000 direkt und (als Angehörige) indirekt von der Spielsucht Betroffene gibt es in der Steiermark. Die Steirische Gesellschaft für Suchtfragen (b.a.s.) musste bereits im Mai eine Kürzung ihrer Mittel um 10 Prozent hinnehmen. Direkte Folgen waren die Schließung der Beratungsstelle in Feldbach und eine Reduktion des Hilfsangebots in mehreren anderen Städten.

SPÖ, ÖVP und FPÖ haben im Sommer 2014 das liberalste

Glücksspielgesetz Österreichs beschlossen. In der Steiermark können ab 2016 legal hunderttausende Euro pro Tag an Automaten verspielt werden. Im Gegenzug wurde unter anderem ein Ausbau der Therapieangebote versprochen, Investitionen in das Beratungs- und Hilfsangebot wurden in Aussicht gestellt. Finanziert werden sollten diese Leistungen aus den Glücksspiel-Einnahmen.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Die am schnellsten zunehmende Suchtform ist die Spielsucht. Wer keine Therapie bekommt, wird über

kurz oder lang von Sozialleistungen abhängig. Die sozialen Kosten sind bei weitem höher als die Einnahmen durch die Automaten. Wer die Spielsucht fördert, darf nicht gleichzeitig bei der Hilfe sparen!“

Die KPÖ tritt für einen Ausstieg der Steiermark aus dem Automatenglücksspiel nach Wiener Vorbild und eine Aufklärungskampagne für Jugendliche an steirischen Schulen ein. Dringend geboten ist auch eine Verschärfung der Regeln für sogenannte „Live“- oder Sportwetten und eine Werbeverbot für Glücksspiele.

Todesfall, weil Notarzt nicht kam

*Vizebürgermeisterin Skender (KPÖ):
„Traurig und unverzeihlich“*

EISENERZ. Bei der Teilschließung der Ambulanz am LKH wurde von Seiten der Landesregierung unter anderem damit argumentiert, dass in Notfällen ohnehin der Notarzt aus Leoben einspringen würde. Nun musste man auf katastrophale Weise feststellen, dass dem nicht so ist. Laut Medienberichten wurde vergessen, eine Verordnung für die Notarztfahrten zu ändern. Eine 78-jährige Pensionistin verstarb.

KPÖ-Gemeinderat Kurt Fent: „Was da ans Tageslicht

gekommen ist, ist ein Skandal! Wir haben zu wenige Hausärzte, trotzdem werden Ambulanzzeiten reduziert, und dann funktioniert die Notversorgung auch nicht. Die politische Verantwortung trägt Landesrat Drexler!“

Vizebürgermeisterin Anna Skender (KPÖ): „Wir haben immer gewarnt, dass wohl erst etwas passieren muss, bevor die Landespolitik einsichtig wird. Hoffentlich gibt es jetzt wenigstens bald eine Lösung für Eisenerz. Dass es soweit kommen musste ist traurig und unverzeihlich!“

Landesbudget: Verlängerung der Misere

Claudia Klimt-Weithaler: „Fortsetzung der hilflosen Politik der letzten Periode“

„Zwischen dem Budgetabschluss im Dezember 2014 und März 2015 haben sich bereits so hohe Mehrkosten angehäuft, dass das ‚Budget ohne Neuverschuldung noch vor dem Herbst platzen wird.“ Das sagte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler zwei Monate vor der Landtagswahl zum aktuellen Landesbudget – und sie behielt recht.

Am 15. Oktober präsentierte die Landesregierung das Budget für 2016. Trotz einer Fortführung der „Reformpartner“-Kürzungspolitik werden bereits neue Schulden im Umfang von 192 Mio. Euro – bei einem Budgetloch von 389 Mio. Euro, der Rest stammt aus Rücklagen – angekündigt. Die geplante Neuverschuldung wurde in den vergangenen Jahren regelmäßig deutlich überschritten. Die Gesamtverschuldung des Landes liegt bei 4,8 Milliarden Euro.

Die Ursachen: Verluste bei Währungsspekulation, hohe Sozialkosten und Fehlplanungen im Pflege- und Spitalswesen.

Neue Kürzungen sind bereits in Kraft: Während die notärztliche Versorgung nur noch mit großer Mühe aufrechterhalten werden kann, werden „schmerzhafte Einschnitte“ im Gesundheitswesen angekündigt.

Claudia Klimt-Weithaler: „Das angebliche ‚Budget ohne Neuverschuldung‘ war der größte Schwindel der ‚Reformpartner‘. Das Ziel wurde trotz verheerender Kürzungen auf Kosten der Lebensqualität und der öffentlichen Infrastruktur deutlich verfehlt. Die von der EU vorgeschriebene Austeritätspolitik ist überall gescheitert, weil sie in eine Abwärts Spirale führt. Trotzdem wird diese hilflose Politik fortgesetzt.“

LABg. Werner Murgg: „Wir sind jetzt da, wo wir 2011 waren, aber mit einem Unterschied: Es wurden in der Zwischenzeit zahlreiche Spitalsabteilungen geschlossen, Gemeinden zwangsfusioniert, Schulen zugesperrt. Pflegebedürftige und von Menschen mit Behinderung mussten drastische Kürzungen hinnehmen.“